

# Infoparlament

## NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ HERBSTSESSION 2016

*Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Herbstsession des National- und Ständerats zu überreichen.*



Sehr geehrte Parlamentarierinnen, sehr geehrte Parlamentarier

Die Nebs freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament die wichtigsten europapolitischen Entscheidungen dieser Herbstsession aufbereitet präsentieren zu können. In dieser Session stehen verschiedene, für die Europapolitik äusserst wichtige Geschäfte zur Diskussion, womit die Debatte um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in eine neue Runde geht. Insbesondere das Geschäft **Ausländergesetz. Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen (16.027)** wird dabei im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Für die Nebs hat die Sicherstellung der Personenfreizügigkeit zurzeit oberste Priorität, die Mitgliedschaft der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Horizon2020 sowie an Erasmus+ und Media müssen im Interesse des Schweizer Bildungs- und Wirtschaftsstandorts dringend erhalten bleiben.

## SITZUNGSKALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat; SR: behandelt vom Ständerat; Hauptobjekte mit fettem Text gekennzeichnet. \*: *kann am 13/09, 14/09, 15/09, 27/09 oder 29/09 debattiert werden.*

1. Woche		
13/09/2016 08h15-13h00	SR	Entsendegesetz. Änderung. (15.054)
	SR	Optimierung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Einführung eines vereinfachten Verfahrens für die Verlängerung der Normalarbeitsverträge (15.487)
	NR	Parlamentarische Vorstösse aus dem EDA
	NR	Innere Unruhen und Ausschreitungen in Europa (15.3304) *
	NR	Nutzen des Freizügigkeitsabkommens. Erfassung von Daten über die erwerbstätigen Schweizerinnen und Schweizer im EU/EFATA-Raum (15.3322) *
	NR	Migrationsstrom am Mittelmeer an der Wurzel bekämpfen (15.3688) *
	NR	Verzicht auf eine Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta (15.3804) *

	NR	Der Weg aus der Sackgasse führt über Kroatien ( <a href="#">14.4078</a> )
	NR	<b>Neuverhandlung und Anpassung des Freizügigkeitsabkommens (<a href="#">14.4219</a>)</b>
	NR	Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Das Abkommen sofort behandeln und der Schweiz einen international vernetzten Forschungsplatz sichern ( <a href="#">14.4235</a> )
	NR	Kündigung der EMRK und sofortiger Wiederbeitritt mit Vorbehalt ( <a href="#">14.4248</a> )
14/09/2 016 08h00- 19h00	NR	Äusländergesetz. Änderung. Integration ( <a href="#">13.030</a> )
15/09/2016 08h00-13h00	NR	Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF
	NR	Unilaterale Handelshemmnisse der EU gegenüber Schweizer Exporteuren entgegneten ( <a href="#">14.3996</a> ) *
	NR	Bauleistungen aus dem Anwendungsbereich des Freizügigkeitsabkommens ausschliessen ( <a href="#">14.4029</a> )*
<b>2. Woche</b>		
21/09/2016 15h00-open end	NR	<b>Ausländergesetz. Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen (<a href="#">16.027</a>)</b>
22/09/2016 08h15-13h00	SR	<b>Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schaffung des Fonds für innere Sicherheit (<a href="#">16.049</a>)</b>

3. Woche		
26/09/2016 08h15-13h00	SR	Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Verhandlungsabbruch ( <a href="#">12.300</a> )
	SR	Unverzögerlicher Abbruch der Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich ( <a href="#">13.310</a> )
26/09/2016 15h15-20h00	NR	Weiterentwicklung des Schengen Besitzstands. Übernahme der Verordnung zur Errichtung von IT-Grosssystemen ( <a href="#">12.057</a> )
27/09/2016 8h00-13h00	SR	TTIP- Abkommen. Was passiert mit GUB und GGA? ( <a href="#">16.3491</a> )
	NR	Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD
	NR	<b>Masseneinwanderungs-Initiative. Der Bundesrat muss eine EU-kompatible Umsetzungsvariante vorlegen (<a href="#">14.3936</a>)*</b>

## WICHTIGE GESCHÄFTE

### NATIONALRAT

*Dienstag 13. September 2016, 08h15 – 13h00*

#### **Motion Brunner. Neuverhandlung und Anpassung des Freizügigkeitsabkommens (14.4219)**

**Status:** Im Rat noch nicht behandelt

**Text:** « Der Bundesrat wird aufgefordert, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen, falls die EU nicht auf Neuverhandlungen eingeht oder keine Lösung mit einer eigenen Steuerung der Zuwanderung durch Kontingente und Inländervorrang zustande kommt. »

**Kommentar:** Für die Nebs steht eine Kündigung der Personenfreizügigkeit ausser Frage, würde dies nicht nur die Bilateralen Verträge auf Spiel setzen, sondern den Wirtschaftsstandort Schweiz erheblich schwächen. Die Personenfreizügigkeit ist ein Grundpfeiler der Kooperation und aus unserer Sicht nicht verhandelbar.

Die Nebs empfiehlt die Ablehnung der Motion.

*Mittwoch 21. September 2016, 15h00 – open end*

#### **Gesetzesentwurf des Bundesrats. Ausländergesetz. Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen (16.027)**

**Status:** Im Rat noch nicht behandelt.

**Text:** « Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen). »

Zur Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung (BV) sollen bei Personen aus Drittstaaten in Ergänzung zur geltenden Regelung insbesondere Höchstzahlen und Kontingente für den Familiennachzug, für Personen ohne Erwerbstätigkeit sowie für den Asylbereich eingeführt werden. Die Zuwanderung von Personen, (...)»

**Kommentar:** Die Nebs bedauert, dass der Bundesrat an der einseitigen Schutzklausel festhält. Diese Ankündigung des Vertragsbruchs bringt die Umsetzung nicht weiter, kompliziert jedoch unmittelbar die Beziehungen zur EU. Spätestens eine Definition des Schwellenwerts würde die gesamten Bilateralen Verträge aufs Spiel setzen. Der Bundesrat anerkennt, dass starre Kontingente und ein Inländervorrang nicht ohne erhebliche Schäden für den Wirtschaftsstandort Schweiz eingeführt

werden können. Die Nebs begrüsst, dass die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien vorangetrieben und prioritär behandelt werden soll. In diesem Zusammenhang unterstützt die Nebs den von der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats gemachten Vorschlag eines «Inländervorrang light». Der Vorschlag verlangt, dass bei zu grosser Zuwanderung eine Stellenmeldepflicht eingeführt wird, durch welche Inländer bevorzugt werden können. Zudem gibt es weitere «Abhilfemöglichkeiten» für den Bundesrat, die dem gemischten Ausschuss vorgelegt werden müssen. Insofern der gemachte Vorschlag mit der Personenfreizügigkeit vereinbar ist, zeigt das Parlament damit sein Interesse, eine auch für die EU akzeptable Lösung bei der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative» zu finden.

Die Nebs empfiehlt die Ablehnung einer unilateralen Schutzklausel.

**Mittwoch 27. September 2016, 08h00 – 13h00**

### **Motion Glättli. Masseneinwanderungs-Initiative. Der Bundesrat muss eine EU-kompatible Umsetzungsvariante vorlegen (14.3936)\***

**Status:** Im Rat noch nicht behandelt

**Text:** « Der Bundesrat wird aufgefordert, bereits im Vernehmlassungsentwurf für das Umsetzungsgesetz zur Masseneinwanderungs-Initiative eine Variante vorzulegen, die mit den bilateralen Verträgen vereinbar ist. »

**Kommentar:** Artikel 121a BV widerspricht dem Prinzip der Personenfreizügigkeit und setzt damit das Gesamtpaket der Bilateralen I aufs Spiel, eine Lösung, welche mit den Bilateralen Verträgen kompatibel ist, nur sehr schwer möglich ist. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats zeigt mit ihrem Vorschlag nun, dass das Parlament die Beziehungen zur EU nicht gefährden will. Sollte der nun gemachte Vorschlag nicht mit der Personenfreizügigkeit vereinbar sein, ist es für die Nebs an der Zeit, der Schweizer Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, sich in einer Verfassungsabstimmung zur Personenfreizügigkeit zu äussern.

Die Nebs empfiehlt die Annahme dieser Motion.

## WICHTIGE GESCHÄFTE

### STÄNDERAT

*Donnerstag 22. September 2016, 08h00 – 13h00*

**Geschäft des Bundesrats. Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.  
Schaffung des Fonds für innere Sicherheit (16.049)**

**Status:** Im Rat noch nicht behandelt

**Text:** « Botschaft vom 3. Juni 2016 zur Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) »

**Kommentar:** *Durch die Beteiligung am Fonds für innere Sicherheit wird das Funktionieren des Schengenabkommens verbessert und der Schutz der Schengen-Aussengrenzen verbessert. Die Nebs unterstützt den Solidaritätsgedanken, welcher der Idee des Fonds zur Unterstützung der Länder an der EU Aussengrenze zugrunde liegt. Im Weiteren profitiert auch die Schweiz von einem besseren Schutz der EU Aussengrenze und einem funktionierenden Schengen-System. Die Schweiz sollte ihre Zusammenarbeit mit den anderen Staaten im Bereich der Asylpolitik (Dublin-Vertrag) nutzen. Auch wenn die Schweiz kein Mitglied der EU ist, kann sie als Drittstaat über die bilateralen Verträge im Asyl- und Migrationsbereich (Schengen/Dublin) europäische Lösungen forcieren und damit einen auf Dauer angelegten Mechanismus zur Linderung der Not, sowohl in Europa, als auch in den Herkunftsstaaten, anstreben.*

Die Nebs empfiehlt die Annahme des Geschäfts.

## Kontakt und Informationen

---



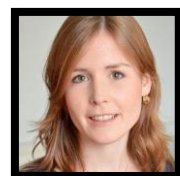
**Martin Naef**  
Co-Präsident der Nebs  
martin.naef@europa.ch



**François Cherix**  
Co-Präsident der Nebs  
francois.cherix@europa.ch



**Lukas Wegmüller**  
Co-Generalsekretär der Nebs  
Tel. 031 302 35 36  
lukas.wegmueller@europa.ch



**Caroline Iberg**  
Co-Generalsekretärin  
der Nebs  
Tel. 031 302 35 36  
caroline.iberger@europa.ch

## Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481

3000 Bern 22

Tel. 031 302 35 36

[www.europa.ch](http://www.europa.ch)

